

Die zunehmende Hitzebelastung in unseren Kindertagesstätten und Schulen war auf Antrag unserer Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und der SPD Thema der jüngsten Gemeinderatssitzung am 23.07.26. Ziel des Antrags war es, das Thema Hitzeschutz in den kommunalen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen erstmals systematisch in den Blick zu nehmen und damit die Grundlage für konkrete Verbesserungen zu schaffen. Dazu soll zunächst erhoben werden, wie stark die einzelnen Einrichtungen und Räume von Hitze betroffen sind, welche Schutzmaßnahmen bereits vorhanden sind und vor allem, wo bislang wirksame Maßnahmen fehlen. Aus dieser Bestandsaufnahme sollen anschließend konkrete kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen abgeleitet, priorisiert und hinsichtlich ihrer Kosten bewertet werden. Ziel ist es, notwendige Investitionen vorausschauend in die kommunale Finanzplanung aufzunehmen und die besonders dringlichen Maßnahmen möglichst zeitnah umzusetzen.

Der Antrag reagiert damit auf eine Situation, in der der Hitzeschutz bislang noch nicht ausreichend und vor allem nicht systematisch berücksichtigt wird. Gleichzeitig zeigen die Erfahrungen der vergangenen Wochen und Monate, dass ein weiteres Abwarten keine angemessene Lösung sein kann. In der letzten Kuratoriumssitzung der Kindergärten berichteten Elternvertretungen eindrücklich über hohe Temperaturen in den Einrichtungen. So wurden im Schlafraum der Krippenkinder im Kindergarten St. Josef über mehrere Tage Temperaturen von rund 30 Grad gemessen. Auch aus dem Kindergarten St. Nikolaus wurde über erhebliche Hitzebelastungen berichtet. Zahlreiche Gespräche mit Eltern und Beschäftigten bestätigen die Problematik. Mittlerweile haben Eltern ihrem Anliegen mit einer Online-Petition zusätzlich Nachdruck verliehen; ein Artikel in der RNZ folgte.

Auch die Situation an der Grundschule ist seit Längerem bekannt. In diesem Sommer musste dort über Wochen hinweg immer wieder Hitzefrei erteilt werden – teilweise selbst an bewölkten Tagen. Grund dafür sind die baulichen Gegebenheiten: Räume heizen sich stark auf, während die Wärme gleichzeitig nur unzureichend aus dem Gebäude abgeführt werden kann.

In der Vorstellung des Antrags und der dazugehörigen Stellungnahme machte Gemeinderätin Rebecca Opluschtil

deutlich, dass es beim Antrag ausdrücklich nicht um die vorschnelle Festlegung auf Klimaanlage oder andere Einzelmaßnahmen gehe. Vielmehr müsse zunächst geklärt werden: Wo sind die größten Probleme? Welche Maßnahmen bestehen bereits? Wo reichen diese nicht aus? Und mit welchen kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen kann wirksam Abhilfe geschaffen werden?

Gerade Kinder und insbesondere Kleinkinder gehören zu den besonders durch Hitze gefährdeten Personengruppen. Des Weiteren sei unsere Region besonders von zunehmender Hitze betroffen und die Zahl der Hitzetage steige in den kommenden Jahrzehnten weiter.

Dass das Problem nicht neu ist, zeigte auch ein Blick zurück: Bereits im Oktober 2024 hatte sich der Ausschuss für Umwelt und Technik mit der starken Hitzebelastung in der Kraichgauschule beschäftigt. Damals wurde festgestellt, dass acht Klassenräume besonders betroffen sind und die zuvor angebrachten Sonnenschutzfolien keine ausreichende Senkung der Raumtemperaturen bewirken konnten. Die vorgeschlagene Anschaffung von Klimageräten für die Klassenräume wurde angesichts der angespannten Haushaltslage jedoch zurückgestellt. Lediglich der Serverraum wurde damit ausgestattet.

Genau hier setzte auch die Diskussion im Gemeinderat an. Während der Aussprache erläuterte Rebecca Opluschtil nochmals, warum der Antrag neben einer Bestandsaufnahme bewusst auch die Ableitung konkreter Maßnahmen und deren finanzielle Einplanung vorsah. Unter Einbeziehung der zuständigen Gremien – Ausschuss für Umwelt und Technik, Finanzausschuss und Gemeinderat – sollten damit finanzielle Planbarkeit und zugleich zeitliche Verbindlichkeit für Kommune und Beteiligte geschaffen werden.

Sie verwies darauf, dass die letzte konkrete Beschäftigung mit der Problematik im Ausschuss für Umwelt und Technik bereits aus dem Oktober 2024 stamme. Dass seitdem keine ausreichende Verbesserung für die betroffenen Klassenräume erreicht worden sei, zeige gerade, dass das Thema mit größerer Verbindlichkeit verfolgt werden müsse. Elternnachfragen und -initiativen in Grundschule und Kindergärten seien teilweise ausgebremst worden. Es dürfe nicht passieren, dass erneut zwei Jahre verstreichen, ohne dass wirksame Maßnahmen umgesetzt werden.

Die einzelnen Punkte des Antrags wurden schließlich getrennt abgestimmt. Die Bestandsaufnahme und die darauf aufbauende Ermittlung des Handlungsbedarfs fanden die einstimmige Zustimmung des Gemeinderates. Die weitergehenden Punkte 3 und 4, mit denen eine verbindlichere Maßnahmen- und Finanzplanung erreicht werden sollte, erhielten zunächst drei Ja-Stimmen bei 14 Nein-Stimmen.

Im weiteren Verlauf verständigte sich der Gemeinderat jedoch auf einen wichtigen nächsten Schritt: Ein Änderungsantrag, die aus der Bestandsaufnahme resultierenden Maßnahmen zunächst im zuständigen Ausschuss vorzubereiten, wurde einstimmig angenommen.

Damit ist ein erster wichtiger Schritt erreicht: Der Handlungsbedarf in unseren Kindertagesstätten und Schulen wird nun systematisch erhoben und anschließend in den zuständigen Gremien beraten. Für uns bleibt entscheidend, dass es nicht bei einer Bestandsaufnahme bleibt. Die Ergebnisse müssen zu konkreten Entscheidungen führen. Denn angesichts zunehmender Hitzeperioden geht es nicht um Komfort, sondern um den Gesundheitsschutz unserer Kinder und der Beschäftigten – und darum, unsere kommunalen Gebäude Schritt für Schritt an die klimatischen Bedingungen anzupassen, mit denen wir schon heute konfrontiert sind. (OR)